

Die Große Koalition hat auf ihrer Klausurtagung Ende August ein weitreichendes Maßnahmenpaket zur Energie- und Klimapolitik verabschiedet. Im Wesentlichen ist dabei eine Mischung aus DDR-Fünfjahresplanung und feudaler Anordnungsmentalität herausgekommen.

Besonders rigide wird mit den Wohnungseigentümern umgegangen. Die energetischen Anforderungen an Gebäude sollen 2008 um 30% und 2012 nochmals „bis zur gleichen Größenordnung“ angehoben werden. Dazu ist geplant, Nachrüstungsverpflichtungen auszuweiten und ihren Vollzug durch „Intensivierung privater Nachweispflichten“ sicherzustellen, einschließlich entsprechender Bußgelder. Zudem muss bei Neubauten künftig mindestens 15% der Wärmeversorgung aus erneuerbaren Energiequellen stammen, bei der Sanierung von Altbauten werden 10% Pflicht. Es werden zwar auch neue Fördermittel für Sonnenenergie in Aussicht gestellt, aber nur wenn noch über die gesetzlichen Verpflichtungen hinausgegangen wird. Besonders ärgern darf sich, wer gerade eine Photovoltaikanlage auf dem Dach installiert hat. Da sie nur Strom für das allgemeine Netz erzeugt und keine Wärme für das eigene Haus, ist sie nutzlos für die Erreichung der neuen Quoten.

Auch beim Straßenverkehr setzt die Koalition vor allem auf verbindliche Vorgaben. So sollen die CO₂-Emissionen neuer Pkw von heute durchschnittlich 164g/km bis 2012 auf 130g gesenkt werden. Dazu wird unter anderem die Kfz-Steuer für Neuwagen nach dem CO₂-Ausstoß berechnet und für Altwagen schrittweise und „maßvoll“ erhöht. Hinzu kommen neue Vorschriften über die Verbrauchskennzeichnung von Fahrzeugen, über die Beimischung von Biokraftstoffen usw.

Die ursprünglich noch wesentlich weitergehenden Pläne von



Ulrich van Suntum

Klimaschutz: Global planen, lokal zahlen

Bundesumweltminister Gabriel wurden zum großen Teil nur verschoben, aber keineswegs aufgehoben. So soll die Befreiung der Industriebetriebe von der Ökosteuer nach wie vor an die Einführung eines Energiemanagements gebunden werden, wenn auch erst ab 2013. Auch die Einführung eines Mietminderungsrechts für den Mieter, falls die Wohnung nicht bestimmten Energiestandards entspricht, steht weiterhin im Maßnahmenkatalog, wenn auch nur als rechtlicher Prüfauftrag. Und selbst die Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit von großen Dienstwagen ist noch keineswegs endgültig vom Tisch, sondern soll nach der EU-Entscheidung zur Umsetzung der CO₂-Strategie erneut beraten werden. Ähnliches gilt für das Verbot von Nachtspeicheröfen, das jetzt als „Regelung zur stufenweisen Außerbetriebnahme“ bezeichnet wird. Es ist also nur eine Frage der Zeit, wann sich die Interventionspirale weiter drehen wird.

All dies verursacht eine massive Ausweitung von Bürokratie, die man doch eigentlich eindämmen wollte. Das Maßnahmenbündel wird zudem teuer für die Bürger. Geplant wird global, gezahlt aber lokal. So sind für einen neuen Heizkessel im Durchschnitt rund 10 000

Euro fällig, der Austausch einer kompletten Gasanlage kostet doppelt so viel. Bundesumweltminister Gabriel rechnet zwar vor, dass sich solche Investitionen in rund zehn Jahren durch einen niedrigeren Energieverbrauch amortisieren. Man fragt sich allerdings, warum sie dann überhaupt vorgeschrieben werden müssen. In Wahrheit stimmt die Rechnung aber schon deswegen nicht, weil der Gesetzgeber innerhalb der nächsten zehn Jahre seine Anforderungen längst weiter erhöht haben wird. Zudem müsste auch die Möglichkeit bestehen, entsprechende Investitionskosten dem Mieter anzulasten. Er ist es ja schließlich, der auch von der Energieersparnis profitiert. Stattdessen soll er nach dem Willen des Bundesumweltministers aber sogar die Miete kürzen können, wenn nicht alles auf dem neuesten Stand der Technik ist. Das passt hinten und vorne nicht zusammen.

Wenn Deutschland schon unbedingt das energieeffizienteste Land der Welt werden will, dann sollte man wenigstens auf marktwirtschaftliche Instrumente setzen. Ein richtiger Ansatz in dem Meseberger Programm ist es zum Beispiel, den Flug- und Schiffsverkehr in den Emissionshandel einzubeziehen. Das ist bei Straßenverkehr und privaten Haushalten zwar technisch kaum möglich. Warum aber erhöht man hier nicht einfach die Ökosteuer und überlässt es dem Einzelnen, wie er darauf reagiert? Sowohl die ökonomische Theorie als auch die Erfahrung sagen eindeutig, dass das der effizienteste und unbürokratischste Weg wäre. Vielleicht sollte der Umweltminister bei seinem Flug zur Klimakonferenz in Bali einmal ein volkswirtschaftliches Lehrbuch als Reiselektüre mitnehmen.

Ulrich van Suntum ist Professor für Volkswirtschaftslehre und Direktor des Instituts für Siedlungs- und Wohnungswesen der Universität Münster